

Sperrfrist Redebeginn!
Es gilt das gesprochene Wort



Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 072/2020
Kiel, Donnerstag, 20. Februar 2020

Kita/ Erzieherausbildung

Anita Klahn zu TOP 21 „Förderung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA)“

In ihrer Rede zu TOP 21 (Förderung der praxisintegrierten Ausbildung (PiA) für angehende Erzieherinnen und Erzieher fortsetzen) erklärt die stellvertretende Vorsitzende und kitapolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, Anita Klahn:

„Die Fortsetzung der Förderung der praxisintegrierten Ausbildung ist ein absolutes Muss für Schleswig-Holstein. Denn sie trägt maßgeblich dazu bei, den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers attraktiver zu gestalten – und dies ist, wie wir hier bereits mehrfach gehört haben, dringend erforderlich. Dazu gehört es, die Ausbildung so zu gestalten, dass sie eine ausgewogene Mischung aus Theorie und Praxis enthält. Ebenso wichtiger Bestandteil des PiA-Modells ist es, den angehenden Erzieherinnen und Erziehern bereits während der Ausbildung Gehalt zu zahlen. Denn eine jahrelange Ausbildung ohne die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, wird weder junge Leute noch ältere Berufswechsler dazu bringen, sich in Scharen für den Erzieherberuf zu entscheiden.

Dass wir uns das nicht leisten können, liegt auf der Hand! Denn der Fachkräftemangel im Bereich der Erzieher nimmt bereits heute bedrohliche Ausmaße an und es ist zu erwarten, dass sich dies zukünftig noch massiv zuspitzen wird. Alleine bis 2025 werden uns voraussichtlich rund 10.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Und als wären diese Zahlen nicht schon alarmierend genug, werden zwei weitere Faktoren diese Zahlen absehbar noch weiter in die Höhe treiben. Zum einen wird der demografische Wandel und die damit einhergehende Verrentung der Baby-Boomer uns ab spätestens 2025 vor noch größere Herausforderungen stellen – dies gilt im Übrigen nicht nur für den Erzieherberuf. Zum anderen haben wir mit der Kita-Reform, dem gewollten verbesserten Fachkraft-Kind-Schlüssel und der Steigerung der Attraktivität der Kitas allgemein mit einem nochmals gesteigerten Bedarf an Erzieherinnen und Erziehern zu rechnen.

Wenn wir diese Zahlen und Entwicklungen im Hinterkopf behalten und uns gleichzeitig die Bedeutung einer guten Kita-Betreuung vor Augen führen, dann wird nochmals deutlich, wie wichtig es ist, dass wir eine ausreichende Versorgung mit Fachkräften sicherstellen. Es ist bekanntermaßen erwiesen, dass die frühkindliche Bildung den Grundstein für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit legt. Alles, was wir in diesem Bereich versäumen, können wir später nur mit hohen finanziellen und personalintensiven Aufwendungen korrigieren – wenn überhaupt. Daher ist jede Investition in diesem Bereich mehr als gut angelegt und buchstäblich eine Zukunftsinvestition.

Allerdings ist auch klar, dass wir in Schleswig-Holstein nicht allein für die Kosten der praxisintegrierten Ausbildung aufkommen können. Natürlich verweigern wir uns nicht unserer Verantwortung und wir sind bereit, uns auf einen sinnvollen Beitrag zu einigen. Doch ohne eine Mitfinanzierung durch den Bund wird es nicht gehen. Daher haben wir mit Unverständnis auf die Entscheidung des Bundes reagiert, dass dieser die Förderung der praxisintegrierten Ausbildung eingestellt hat. Und das unter dem Gesichtspunkt, dass das Programm ohnehin nur ein Tropfen auf den heißen Stein war. Es ist mir einigermaßen schleierhaft, wie Bundesfinanzminister Olaf Scholz zu seinen Einsparentscheidungen kommt. Schon die geplante Kürzung des Bildungsetats war eine kolossale Fehlentscheidung und auch jetzt verhält es sich bei der PiA-Ausbildung ähnlich unsinnig. Ich weiß nicht, ob Frau Giffey sich der Tragweite der Entscheidung bewusst war, auf jeden Fall scheint sie sich nicht vehement gegen die Entscheidung ihres Finanzministers gestemmt zu haben.

Wir werden uns daher für einsetzen, dass der Bund die Wichtigkeit der Unterstützung der praxisintegrierten Ausbildung anerkennt und einsieht, dass die Länder mit dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe nicht alleingelassen werden dürfen. Ich hoffe, dass wir es schaffen werden, eine tragfähige Lösung dafür zu finden und ich lade sie alle herzlich dazu ein, sich konstruktiv an einer Kompromissfindung zu beteiligen.“